

Anlage 4

Niederschrift

über die 14. Sitzung des

Gesundheits- und Krankenhausausschusses der Landeshauptstadt München

vom 22. Mai 2003

(öffentlich)

Vorsitz

BM Monatzeder

bfm. Stadtratsmitglieder

i. V. StDirin Rothenbacher-Scholz

ea. Stadtratsmitglieder

CSU:

Altmann, Caim, Nagel, Stadler;

SPD:

Dr. Anker, Dr. Assal, Leonhart, Mittermaier,
Renner, Rupp;

Bündnis 90/Die Grünen/RL:

Dietrich, Niederbühl;

FDP:

Hirsch;

ferner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Protokoll

Peisl

Aufbau eines ambulanten Krankenpflege-
und Pflegenotfalldienstes

Ambulante Notfallpflege als Ergänzung
des ärztlichen Notdienstes

Antrag Nr. 2779 von StRin Schosser und
StRin Caim vom 11.04.2001

Aufbau eines Krankenpflegenotfalldienstes
Empfehlung Nr. 116 der Bürgerversammlung
des 19. Stadtbezirkes vom 06.12.2001

Referentenvorlage siehe Aktensammlung Seite 1343

StRin Caim bringt beiliegenden Änderungsantrag ein.

StR Dr. Assal verweist darauf, dass laut den Ausführungen auf Seite 3 der Vorlage die pflegerische Notfallversorgung aller Münchner Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sei.

Frau Thomas berichtet, dass den nicht in eine Pflegestufe eingeordneten Patienten kein Pflegedienst zur Verfügung gestellt werden könne. Bei diesen Patienten gehe es um rein medizinisch verordnete Leistungen, die der Pflegedienst von sich aus allein nicht erbringen könne.

StRin Caim verdeutlicht, ihr ursprünglicher Antrag habe sich nicht auf eingestufte Pflegepatienten bezogen, vielmehr habe man erreichen wollen, dass kranke Menschen, die eigentlich nicht krankenhausbefürftigt seien - z. B. mit Gipsverband -, mit Hilfe häuslicher Krankenpflege versorgt würden.

Frau Thomas erklärt, dass das angesprochene Problem nicht durch eine Notfallpflege gelöst werden könne und es hier weniger um eine strukturelle als vielmehr um eine finanzielle Frage gehe. An der Lösung dieses Problems werde zurzeit gearbeitet - z. B. denke man eine Versorgung über Pflegebudgets -, und für Herbst dieses Jahres sei eine Beschlussvorlage geplant.

StR Rupp stellt Antrag auf Vertagung und bittet, auch seinen vor zwei Monaten gestellten Antrag zur Schließung der Versorgungslücke über Pflegebudgets zu berücksichtigen.

Der Vertagungsantrag wird einstimmig gebilligt.

Verschiedenes

StDirin Rothenbacher-Scholz teilt mit, dass das Hearing zur Rechts- und Betriebsform der Krankenhäuser nunmehr für den 09.07.2003 (nachmittags) geplant sei.

- Ende der Sitzung um 16:35 Uhr -